

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boteu im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.
außerhalb desselben M. 1.
biera Bestelgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Harmonizelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Feitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebersicht.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Deutscher Reichstag.

Raumann und Posadowsky.

Berlin, 12. April.

Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20.
Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky.

Zu der fortgesetzten Beratung des Stats des Reichs amts des Innern nebst den dazu gestellten Resolutionen führt **Naab** (w. Bgg.) aus, seine Partei sehe die Zusammenlegung der 3 großen Arbeiterversicherungsarten als das bedeutendste Werk der Zukunft an und wünsche ferner Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechts, Achtuhrladenschluß, umfangreiche Fürsorge für die Privatbeamten, Bekämpfung des Ausverkaufs- und Submissionswesens, sowie der Abzahlungsgechäfte, ferner schnelle Schaffung von Arbeitskammern, Beschränkung der Arbeitszeit besonders in Fabriken und für die Frauen. Der Redner bittet das Haus, der Resolution betr. Verlängerung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zuzustimmen und die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Kurzschrift zu fördern. Ferner verlangt der Redner eine Denkschrift über die bisher bei der Anwendung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gesammelten Erfahrungen. Die Seemannsordnung lasse, wie die Aussperrung der Arbeiter im Hamburger Hafen große Härten zu. Die Schauerarbeiter müßten geschützt werden; auch die Lage der Kapitäne und Offiziere, die aus dem Berufsverein austreten müßten, wenn sie ihre Brotstelle nicht verlieren wollten, verdiene Beachtung. Bedauerlich sei die Heranziehung englischer Arbeiter als Streikbrecher. Seine Partei verlange bezüglich der Konsumvereine, daß bei Gründungen die Bedürfnisfrage geprüft werde, sowie die Unterdrückung ihrer politischen Tendenzen. Auch dürften sie keine Ueberschüsse erzielen. Seine Partei bekämpfe jeden Boykott und wünsche deshalb auch die Unterdrückung der schwarzen Liste der Arbeitgeber gegenüber mißliebigen Arbeitern.

Mugdan (fr. Bp.) fordert ebenfalls ein schnelleres Tempo in der Sozialreform. Das Koalitionsrecht sei anerkanntermaßen reformbedürftig. Das einzige Mittel, Frieden zu schaffen, sei eine Verallgemeinerung der Tarifverträge. Diese seien nur möglich bei freiem Koalitions- und Versammlungsrecht. Seit 40 Jahren kämpfe der Liberalismus dafür. Die Stodung in der sozialen Reform trat ein, als das Zentrum die Führung im Reichstag hatte.

Es sei auch schuld, daß wir heute kein Reichsberggesetz haben. Sein Verhalten bei Beratung der Kaufmannsgerichte sei einer der dunkelsten Punkte in seiner Geschichte. (Beifall und Widerspruch). Der Liberalismus werde den berechtigten Wünschen der Arbeiter und des Mittelstandes Geltung verschaffen.

Raumann (fr. Bgg.): Woher kommt es, daß die positive Leistung in der Sozialpolitik so gering ist, während sich doch das ganze Leben jetzt um die Sozialpolitik dreht? Kein Zweifel, daß im vorigen Reichstage wie im jetzigen eine Mehrheit für den sozialen Fortschritt besteht. In vielen Anträgen liegt ein Quantum gemeinsamer Wünsche, wofür eine Mehrheit im Reichstage unbedingt vorhanden ist. Das gilt von der Forderung eines liberalen Vereins- und Versammlungsrechts, für die weitere Ausbildung des Koalitionsrechts und die Berufsvereinsgesetzgebung, die Versorgung der Privatbeamten, auch für gewisse Forderungen für die Heimarbeiter. Es ist nicht der Reichstag, der daran schuld ist, wenn die Sozialpolitik unbrauchbar ist. Schuld ist der Bundesrat. Ob der Staatssekretär des Innern keine Schuld daran trägt, das geht den Reichstag nichts an, sondern ist interne Angelegenheit des Bundesrats. Die persönliche Anerkennung für den Staatssekretär ist kein Ausgleich für die Nichtachtung des Willens der parlamentarischen Mehrheit. Man sieht daraus, wie ungleich das Machtverhältnis der gesetzgebenden Faktoren verteilt ist. Die Regierung hat die Möglichkeit, wenn sie eine Gesetzgebung für eine Lebensnotwendigkeit hält, an einen anderen Reichstag zu appellieren. Dem Reichstag ist es verjagt, an einen anderen Bundesrat zu appellieren. Mit dem Mangel an Arbeitskräften soll man nicht kommen. Wenn Schiffsbauten nötig sind, dann scheitern sie nicht an dem Mangel an Arbeitskräften und an der Kleinheit der Werften. Abgesehen davon liegen die Vorarbeiten für manche gesetzgeberische Fragen längst vor. Das Vereinsgesetz kann sehr einfach von Württemberg auf das Reich übertragen werden. Die Mehrheit im Reichstag ist vorhanden. Ebenso kann die Quintessenz des Koalitionsrechts sehr einfach formuliert werden. Umständlich sind nur unliberale Gesetzgebungen. Deutschland hat sich zu einem großindustriellen Lande entwickelt. Dieser Entwicklung entspricht die jetzige soziale Gesetzgebung, so gut sie im Grunde ist, nicht mehr. Mit dem Kern der sozialpolitischen Gesetzgebung hat sich die Gesetzgebung in dem letzten Jahre dreimal

befähigt: bei der Zuchtansvorlage, bei der Frage der Arbeiterausschüsse für die Bergarbeiter und beim Berufsvereinsgesetz. Alle diese Vorlagen entsprangen dem Mißtrauen der Regierung gegen die Arbeiterorganisationen. Die gewerkschaftliche Bewegung hat sich mit der Zeit in allen gewerblichen Betrieben durchgedrückt und man hat eingesehen, daß es auch so geht, wenn auch nicht ohne Reibungen und Zwistigkeiten. Aber diese Freiheit der Organisationen ist gerade am geringsten im Großbetriebe. Der Kleingewerbetreibende muß sich mit den Tatsachen abfinden. Das Hindernis des Fortschritts liegt in den Großbetrieben, die das Grundrecht jedes Menschen, sich beruflich zu organisieren, verjagen. Die Arbeiter, die Bergwerksbetriebe, viele Eisenbahnindustrielle, die Textilindustriellen verweigern es. Wo bleibt da der liberale Staatsgedanke? Wo hat der einzelne Mensch noch die Freiheit der Verfügung über seine Arbeitskraft, die ihm die Gewerbeordnung zuerkennt. Dieses Recht der Freiheit ist straflos, und daher ein unfertiges Gesetz. Man streitet über die Errichtung von Arbeitskammern, aber die Voraussetzung fehlt, daß jede Interessengruppe sich für sich organisiert. So lange wir nicht Arbeiterkammern haben, wie wir Handelskammern, Unternehmerverbände haben, so lange ist die Diskussion über die Arbeitskammern überflüssig. Man kann einen Oberbau nicht errichten, ohne einen gehörigen Unterbau. Mit einer nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft kann man, wenn man sie in eine Arbeitskammer hineinsetzt, alles und nichts machen. Positive Leistungen werden ausbleiben. Der nötige Unterbau ist die Sicherung des Koalitionsrechts. Erst dann wird man Schritt für Schritt dazu übergehen können, die Arbeiterschaft mitarbeiten zu lassen an der Gestaltung unseres industriellen Lebens, wie die Stein-Gardenbergische Gesetzgebung den Landmann mit der Parole befreite: „Du mußt Deine eigenen Sachen betreiben, wenn Du ein anderer Mensch sein willst!“ Die staatliche Entwicklung hat aus Untertanen Bürger gemacht und so müssen auch im Laufe der Entwicklung aus Industrieuntertanen Industriebürger werden. Welche Staaten haben die sicherste und ruhigste Entwicklung? Diejenigen, die der liberalen Gesinnung und Mitarbeit den weitesten Spielraum geben. Und das gilt auch für das Wirtschaftsleben. Das soll der Staat selber bedenken im Hinblick auf die Auseinandersetzung, die ihm einmal bevorsteht mit den großen Syndikaten. Der jetzt verhor-

Letzter Wunsch.

„Daß sich in Flammen mein Geist entbinden möge, noch glühend von dem letzten Gedicht, daß sich in Flammen mein Leib wandeln dürfe in Asche, bevor noch völlig das Antlitz sich zur Larve verstellt, das der Geliebten gesiel...“
Friedrich Hebbel.

Wenn der Frühling kommt.

Roman von Margarete Böhm.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ich würde mich sicher am Rhein erholen! Ich bin ja noch nicht alt, und krank bin ich doch eigentlich auch nicht,“ sagte Frau Hildegard, das goldbraune Haar ihrer Tochter freischlend.

In diesem Augenblick trat das Hausmädchen herein und meldete einen Herrn, der sich Zimmer anzufragen wünschte. Frau Hildegard war etwas ungehalten — am Feiertag! — aber Liselotte hatte zu viel praktisches Verständnis, um ihre Geschäftsinteressen dem Prinzip der Sonntagsheiligung gänzlich unterzuordnen. Eine ganze Reihe Zimmer standen leer: der Ingenieur Ribbeck hatte auch für den ersten gekündigt, um eine elegante Garconwohnung in der Nähe seiner neueröffneten Badeanstalt zu beziehen. Im großen Ganzen war sie Viktors wegen froh, daß er fortkam, aber andererseits bedauerte sie den Ausfall der Einnahme, zumal Ribbeck in letzter Zeit alles, was er noch schuldig gewesen war, auf Heller und Pfennig bezahlt hatte.

In der Dämmerung der Berliner Stube, die als Empfangszimmer eingerichtet war, stand ein langer, vom Kopf bis zu den Füßen in einen engen, bis oben zugedrückten, lebergelben Paletot gekleideter Herr, der bei Liselottes Eintritt ein Monoton ins Auge stemmte und sie neugierig musterte.

„Sie wünschen Zimmer bei uns zu besichtigen, mein Herr?“

„Köhen, Graf Rodus Köhen“, stellte der Herr sich vor, den Namen Köhen stark akzentuierend. „Zimmer. Zunächst drei zusammenhängende Empfangs-, Arbeits-, Schlafzimmer. Hell, ruhig, ungeraucht, komfortabel möbliert. Können Sie mit so etwas hüten?“

„Ich würde Ihnen eine solche Wohnung einrichten können, Herr Graf. Darf ich Ihnen einige Zimmer zeigen?“

„Sind Sie die Inhaberin der Pension? Frau Köhler?“ fragte der Fremde mit unverschämtem Interesse. „Meine Mutter ist die Inhaberin; ich vertrete ihre Stelle.“

Das Mädchen hatte mittlerweile die Gastkronen angezündet. Liselotte sah sich den Fremden im Licht gedauer an; sein Alter war schwer zu bestimmen, er konnte sowohl fünfundsiebzig als fünfundvierzig sein. Die scharfe Nasenform und die unruhigen Augen gaben dem aristokratisch feinen Gesicht ein charakteristisches Gepräge.

Liselotte schritt voran und öffnete ein paar Türen rechts und links vom Korridor. Nach einigem Zögern wählte der Graf drei nach dem Lofe belegene Zimmer, die bisher zwar alle als Einzelzimmer vermietet gewesen waren, sich aber leicht zu Wohnräumen umgestalten ließen. Der Graf hatte allerhand Wünsche betreffs der Ausstattungs. Das Arbeitszimmer sollte möglichst in Rot gehalten sein, jedenfalls rote Vorhänge und roten Teppich haben, von wegen der Stimmung, und das Fenster, vor das der Schreibtisch plaziert werden sollte, mußte goldfarbene Storen haben. Liselottes Einwand, daß das Zimmer dadurch womöglich zu dunkel werden möchte, schnitt Graf Köhen mit einem energischen Kopfschütteln ab. „Ich brauche dieses clair obscur für meine Arbeiten. Ich brauche Stimmung. Goldfarbig gebrochenes Tageslicht, warme rote Draperien...“ Natürlich konnte alles den Wünschen des Mieters gemäß eingerichtet werden. Wegen des Preises, den Liselotte machte, hatte er nichts einzuwenden. Am ersten Januar wollte er einziehen.

Frau Hildegard geriet in einige Aufregung, als Liselotte ihr von dem neuen Mieter erzählte. Köhen! Ein Graf Köhen, war seit einigen Jahren mit Claire von Gurbar, der Stieftochter Regina Schirmeds, verheiratet. Seitdem sie Zeit hatte, verfolgte sie die Familiennachrichten des rheinisch-westfälischen Adels mit großem Interesse. Und plötzlich fiel es Liselotte auch ein, woher ihr der Name Köhen bekannt war. Rodus Köhen war der Verfasser eines verrückten, den hypermodernsten Strömungen Rechnung tragenden Buches, das, obgleich die Kritik es nicht ernst nahm, doch Aufsehen erregte und viel ver-

kauft wurde. Liselotte hatte es nicht gelesen, und nach dem was sie darüber hörte, auch keine Lust, es zu lesen. Aber sie begriff nun, weshalb der Uebergraf goldfarbene Storen rote Vorhänge zur Erzeugung einer „Stimmung“ brauchte.

Frau Hildegard brachte bald Köhens Einzug durch einige diplomatische Winkeltzüge in Erfahrung, daß der Bruder von Graf Köhen ihre Stiefcousine geheiratet hatte. Eines Tages fand sie in der Postmappe eine an Köhen adressierte Karte von Burg Schirmed, worauf seine Schwägerin, die geborene Gurbar, ihm mitteilte, daß sie mit ihrem Mann einer Einladung der Stiefmutter gefolgt sei und sie ein paar Wochen auf Schirmed bleiben würden.

Die Lektüre der wenigen Sätze regte Frau Hildegard mächtig auf. Mit einem Schlage sah sie sich wieder in das Milieu ihrer ferneren Vergangenheit versetzt. Ein bitterer Groll gegen die Ungerechtigkeit ihres Vaters regte sich in ihr. Fremde Menschen durften in den Räumen ihres Heimatsburg weilen, aus denen sie, die rechtmäßige Erbin, verstoßen war, und zu der alle Fibern ihres heimwehkranken Herzens sie doch hindrängten, die sie, die Enterbte, nur höchstens von fern noch einmal sehen durfte. Liselotte fand die Mutter ganz aufgelöst in Tränen. In solchen Augenblicken war Frau Hildegard wie ein erzürntes Kind. Weder Bitten, Schmeicheln, Versprechungen, noch ernste Vorstellungen machten Eindruck auf sie. Schließlich verlangte sie eigensinnig nach Fendell, und um sie zu beruhigen, versprach Liselotte, ihm zu schreiben. Er war seit jenem Abend im Dezember, als sie seine Werbung definitiv ablehnte, nicht wieder dagewesen, hatte auch zu Neujahr nur seine Karte geschickt, und es kostete Liselotte eine kleine Ueberwindung, ihn in aller Form und sogar noch recht herzlich um seinen Besuch zu bitten, zumal sie wußte, daß die Ueberzeugung, daß Glück ihrer Zukunft bestiehe nur in der Heirat mit Fendell, bei der Mutter allmählich zur fixen Idee geworden war. Schon am Tage danach stellte er sich ein; heiter, prächtig gekleidet wie immer. Als Liselotte ihn wegen seines langen Fernbleibens scherzend zur Rede stellte, sprach er erst lachend von einer Ueberbürdung mit Geschäften und sonstigen Abhaltungen, dann ward er plötzlich ernst.

„Na... und Sie wissen ja, Fräulein Liselotte, ja ganz in den Köhen...“

— 1



Gene Abg. Auer hat in den 90er Jahren eine Rede gehalten, die gerade heute auch für die Kreise seiner Parteigenossen von Interesse ist. Er warf die Frage auf: Ist es möglich, daß die ganze Produktion geregelt werden kann? Auch die Sozialdemokratie sagte: Das ist eine Illusion! Wo lesen wir jetzt das Wort: Regelung der Produktion? In der Denkschrift der Regierung. Was als Marxismus und als Angriff gegen die Gesellschaft angesehen wurde, das ist heute in der Verwirklichung begriffen und der Angriff geht von Händen aus, die feinere Handschuhe anhaben als die, welche es zuerst sagten. Dort entstehen die zentralen Machtsstellen, deren Steuerfähigkeit über die des Staates hinausgeht. Es wird dem Kohlenkartell verhältnismäßig leichter, 60 Millionen aufzubringen, als der deutschen Reichsverwaltung, und leichter, hochbegabte Beamte an sich zu ziehen, als der Staatsverwaltung. So entsteht der Konkurrenzbetrieb der industriellen Herrschaft neben dem Staatsbetrieb. Die Machtfrage rückt allmählich zur Entscheidung heran. Es liegt im Staatsinteresse, die Kräfte dieser zentralisierten Industriehererschaft mindestens in gemessenen Grenzen zu halten und dem Staat muß daran gelegen sein, Hilfskräfte zu gewinnen, und das geschieht auf dem Weg, der vom Industrieuntertan zum Industriebürger führt. Die Mehrheit des Reichstags, ist für die elementaren Grundforderungen, auf denen sich die Arbeitsverfassung der Großindustrie auch in Zukunft aufbaut. Nicht vorhanden ist die Mitwirkung des andern Faktors der Gesetzgebung. (Lebhafter Beifall).

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich glaube, Sie werden den Ausführungen des Redneres mit dem gleichen Interesse gefolgt sein wie ich. Es war eine philosophische Rede eine philosophische Betrachtung. Aber, wenn man in der Praxis des Lebens steht, sehen die Dinge nüchterner aus und müssen auch nüchtern behandelt werden. Wenn ein Ausländer die Rede gehört hätte, die uns der Redner gehalten hat, so müßte er zu dem Schluß kommen, daß Deutschland gegenüber den andern Staaten, die eine liberale Verfassung haben, weit zurückstehe. Demgegenüber will ich nur auf zwei Tatsachen hinweisen, die der neuesten politischen Geschichte entnommen sind. In Frankreich bemüht man sich seit Jahrzehnten, eine Einkommensteuer einzuführen; über diesen Versuch sind eine Reihe von Ministerien geführt worden. In Preußen und in Deutschland betrachten wir eine Einkommensteuer, dazu eine progressive Einkommensteuer, die erhoben wird, nach der Größe des Vermögens, als etwas selbstverständliches. (Zurufe bei den Soz. Dem.: Nicht in allen Bundesstaaten!) Aber doch in den meisten, und auf die wenigen Ausnahmen will ich nicht eingehen. In England, dem liberalen Mutterlande, will man eine Invalidentenversicherung für die Arbeiter einführen. Man will ferner das tun, was Stein und Hardenberg bereits vor hundert Jahren in Preußen getan haben: Man will die Entvölkerung durch die Ansiedelung von englischen Bauern verhindern. Da tritt ein liberaler Führer auf, der jetzige Ministerpräsident, und erhebt den Vorwurf, daß diese Maßregel zur Revolution, zum Umsturz führt. Wenn Sie in die vergleichende Geschichte der europäischen Staaten hineinsehen, dann werden Sie finden, daß Deutschland bei einem Vergleich verhältnismäßig günstig abschneidet. Ich bin vielen und verschiedenen Angriffen ausgesetzt gewesen und ich habe mir das Vergnügen gemacht, diese Angriffe zusammenzustellen. So ist zunächst in einem Artikel der „Köln“, die von dem Abg. Raumann herausgegeben wird, gesagt: Ich triebe eine Sozialpolitik der Bevormundung. Ich bin gespannt, wie sich der Abg. Raumann eine Sozialpolitik ohne Bevormundung denkt. Aus seiner Rede war das heute nicht herauszuhören. (Sehr richtig!) Wenn wir so edle Menschen hätten, wie sie die Sozialdemokratie für den Zukunftsstaat in Aussicht stellt, Menschen, die nichts Liebes tun, die nur aus Liebe zum Nächsten, zum Bruder handeln (Leichterkeit), die nur die Wohlfahrt des Nächsten im Auge haben, dann bräuchten wir keine Gesetzgebung der Bevormundung und der Repression. Aber lesen Sie die Berichte der Gewerbeinspektoren und die Strafverzeichnisse wegen Uebertretung der Arbeitergesetze, dann wird sich auch Herr Raumann überzeugen, daß, wenn wir sozialpolitische Ziele verfolgen, es nur möglich ist bei einer kräftigen Hand des Staates, um die Gesetze durchzuführen. In einem anderen Artikel heißt es, daß meine Sozialpolitik im Lande keine Gefühle der Erleichterung und Freude ausgelöst hat. Ich sehe seit 20 Jahren im praktischen Verwaltungsleben, ich habe viele gesetzliche Maßregeln durchzuführen müssen. Ich habe aber nie dabei gefunden, selbst nicht bei der Veranlagung zur Einkommensteuer, daß sie ein Gefühl der Erleichterung und der Freude ausgelöst hätten. (Große Heiterkeit.) Man wird niemals gesetzlichen Maßnahmen gegenüber ein Gefühl der Freude und Erleichterung empfinden. Im Bereich der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat ein Redner eine dritte Auffassung über meine Sozialpolitik zum Ausdruck gebracht. Darin wird gesagt, daß es meiner Sozialpolitik an Selbständigkeit und an dem Bestreben, die eigenen Produktionsmittel zu vermehren fehle. Er hat eine Entproletarisierung der Massen gefordert, indem eine nach seinem Geschmack betriebene Sozialpolitik jenen die Selbständigkeit verleihe und eigene Produktionsmittel in die Hand gäbe, was meiner Ansicht nach schon an Kollektivität grenzt. Zum Schluß bedauert aber dann der Redner in derselben Rede, daß der Unterschied zwischen Knecht und Herr aufgehört habe. Das kann ich nicht verstehen. (Sehr richtig! links.) Gegenüber diesen verschiedenen Auffassungen glaube ich, die verbündeten Regierungen tun am besten, wenn sie Schritt für Schritt in der Gesetzgebung weiter vorwärts gehen. Man kann oft die Klage hören über das zu schnelle Tempo der sozialen Gesetzgebung. Das ist sicher nicht richtig. Es werden zu viel sozialpolitische Forderungen gleichzeitig erhoben. Daß seit der Durchführung der letzten großen sozialpolitischen Versicherungsgesetzgebung dem Volke große sozialpolitische Lasten auferlegt worden sind, ist durchaus falsch. Ich glaube, die große Anzahl der Wünsche, der Umstände, daß man zuviel auf einmal ansieht, ist am letzten Ende geradezu ein Hemmschuh zum Weiterkommen. Ich halte es deshalb für richtig, daß ich heute auf die einzelnen Fragen nicht weiter eingehe. Ich will das später einmal Punkt für Punkt tun, heute halte ich es für das Beste, das Programm davon zu entwickeln,

was in den nächsten Jahren geschehen soll. Ich glaube, dieses Reformprogramm ist so weitgehend, daß es aller Anstrengungen bedürftig wird, es durchzuführen. Mehrere Gesetze sind noch aus der vorigen Session im Rückstand: die Maß- und Gewichtsordnung, das Gesetz über den Unterhaltungswohnort und das Gesetz über die Hilfsklassen. Der Verabschiedung harret das Gesetz über die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie. Die Verhältnisse der Heimarbeit liegen so verschieden, daß wir hier nur durch Spezialgesetze vorgehen können. Fertig ist das Gesetz über den Kleinen Beschäftigungsnachweis, ebenso das Gesetz über die Unterdrückung von Viehsuchen. Mit der Ausarbeitung des Vereins- und Versammlungsgesetzes bin ich jetzt beschäftigt. Man hat gesagt, ein solches Gesetz hätte man vor Einbringung des Berufsvereinsgesetzes machen sollen. In den letzten Jahren ist aber immer noch dem Berufsvereinsgesetz verlangt worden. Man hatte an diesem Gesetz viel auszusagen, aber ich bin sicher, daß das Gesetz zu Stande gekommen wäre, wenn der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre. Jetzt bin ich auch der Ansicht, zunächst das Vereins- und Versammlungsrecht zu ordnen. Dann wird die privatrechtliche Ordnung der Angelegenheit keine Schwierigkeit mehr machen. Uns haftet noch zu sehr die Erinnerung an den alten Polizeistaat an. Seinerzeit hat uns der Reichskanzler Fürst Eobenslohe die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine in Aussicht gestellt. Ich habe mich nicht pflichtgemäß für die Verwirklichung dieses Versprechens eingesetzt. Welchen Angriffen bin ich deshalb nicht in der Presse, im Reichstag und auch noch an anderen Stellen ausgesetzt gewesen! (Heiterkeit. Rufe: Wo denn?) Das ist eine sehr neugierige Frage. Welche Gefahren sah man nicht in diesem Gesetze und was hat sich weiter seitdem geändert. Die Vereine standen schon lange durch Telephon, Telegraph und auf andere Weise miteinander in Verbindung. (Sehr richtig! Leichterkeit.) Es handelt sich nur um die Befestigung eines alten Dekorationsstückes. (Sehr richtig! links.) Und so ist es auch mit unserem Vereins- und Versammlungsrecht. Es enthält eine Reihe überlebter Bestimmungen, die der modernen Entwicklung nicht mehr entsprechen (sehr richtig! links), keinen politischen Zweck haben (sehr richtig! links) und das Publikum nur ärgern. Ich halte mich trotz aller Angriffe immer noch für einen Konservativen. (Widerpruch rechts.) Man soll aber nicht glauben, daß man gewisse Volksstimmen unterdrücken kann, durch polizeiliche Vorschriften des Vereins- und Versammlungsrechtes. Der Redner empfiehlt die Uebersetzung des württembergischen Gesetzes auf das Reich. Das wird aber nicht angehen. Im Reich liegen die Verhältnisse doch so verschieden, daß hier ganz andere Gesichtspunkte in Frage kommen, wie in einem Einzelstaat. Die äußere Grenze für ein Vereins- und Versammlungsgesetz liegt darin, daß erstens das Vereinsgesetz so beschaffen ist, daß unter allen Umständen und zu allen Zeiten die bürgerliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten wird. (Lachen links. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie wollen doch Ihre Ziele auf friedlichem Wege erreichen. Wie können Sie sich dann gegen ein Gesetz wehren, das die Ordnung aufrecht erhalten will! Zweitens darf das Vereinsgesetz nicht verböserischen Handlungen Vorschub leisten. Man spricht jetzt viel von der Zusammenlegung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Wir müssen uns aber hüten vor einer schematischen Regelung, die alles über einen Kasten schlägt. Man hat vorgeschlagen, die kleinen Renten zu befestigen und im Abgeordnetenhaus ist der Abg. Schröder dafür eingetreten. Dieser Herr hat sich aber überzeugt, daß das unmöglich ist und er hat das offen ausgesprochen. Ich danke ihm dafür, denn kluge Leute scheuen sich nicht, ihre Ansicht zu ändern. Not tut weiter bessere und schärfere Unfallversicherungsvorschriften bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Der Kernpunkt der Versicherung ist die Krankenversicherung. Hier muß die Unterfinanz verbessert und die Schiedsgerichte müssen anders gestaltet werden. Zugleich müssen die Heimarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Versicherungen einbezogen werden. Sollte es möglich sein, damit eine Kodifikation der gesamten sozialpolitischen Gesetze herbeizuführen, so wird das nützlich sein. Dann muß die Witwen- und Waisenversicherung gleich mitberücksichtigt werden. Ich glaube, diese Arbeit in einem Jahre leisten zu können. Es wird weiter vorgelegt werden ein Gesetz über den Arbeiter-schutz der Hausarbeit, über die Nachtrabe der Frauen, den zehnstündigen Arbeitstag der Frauen, die Arbeitsverhältnisse der Werkmeister und Techniker, die mit den Handlungsgehilfen gleichgestellt werden sollen. Das Gesetz über die Arbeitskammern soll im Herbst kommen, ferner ein Gesetz über die Unfallfürsorge für die im öffentlichen Dienste verunglückten Personen, eine Revision der Sonntagsruhe, die mit einigen Ausnahmebestimmungen aufzuheben wird. Ich hoffe auch, ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb vorlegen zu können. Werden diese Gesetze in der nächsten Session vorgelegt, so wird es mich außerordentlich freuen, wenn es der Mitarbeit aller gelingen wird, diese Gesetze zu erledigen. Ich würde es für nützlich halten, wenn man sich bei diesem Programm beruhigen und von weiteren Anträgen absehen wollte, bis diese dringendste Arbeit erledigt ist.

Hoch (Soz.) wünscht zunächst freiere Gestaltung der Verwaltungsbehörden und empfiehlt dann die Resolutionen seiner Partei.

Staatssekretär Graf Posadowsky befreit gegenüber dem Redner, daß die Rentenversicherung allgem. erfo. werden, daß das Unfallversicherungsgesetz sich nicht geradezu zur Volkskrankheit entwicke.

Morgen Weiterberatung; Schluß 6¼ Uhr.

Rundschau.

Wer wird der Nachfolger Auer's. Aus Sachen wird der Fr. It. geschrieben: Die Reichstagsersatzwahl, die infolge Ablebens des sozialdemokratischen Abgeordneten Ignaz Auer im 17. sächsischen Reichstags-

wahlkreise (Glauchau-Meerane) nötig ist, wird jedenfalls zu einem harten Wahlkampf führen. In sozialdemokratischen Kreisen hatte man schon mit einer Mandatsniederlegung des schwerkranken Abg. Auer gerechnet und aus dem Wahlkreise wurde auch berichtet, daß der bei den letzten allgemeinen Wahlen in Dresden-Mühlstadt unterlegene frühere Reichstagsabgeordnete, Redakteur Dr. Gradnauer, als Nachfolger Auer's angetreten sei. Aller Voraussicht nach wird Dr. Gradnauer nun auch als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden. Der verstorbene Abg. Auer vertrat seinen Wahlkreis seit 1884, mit alleiniger Ausnahme der Wahlperiode 1887 bis 1890. An dem letzten Wahlkampf konnte er sich wegen seiner Erkrankung nicht mehr persönlich beteiligen und darauf ist es mit zurückzuführen, daß eine Stimmenzahl von 18349 im Jahre 1903 bei der letzten Wahl auf 16682 zurückging. Die Tatsache, daß die Zahl der bürgerlichen Stimmen, die 1903 nur 7392 betrug, am 25. Januar ds. J. auf 13452 emporschnellte, wird aber zweifellos auch die bürgerlichen Parteien veranlassen, bei der Wahl alle Kraft daranzusetzen, um auch diesen Wahlkreis von der Sozialdemokratie zurückzuerobern. Wahrscheinlich wird der nationalliberale Stadtrat a. D., Dr. Claus, der bei der letzten allgemeinen Wahl Kandidat der bürgerlichen Parteien war, auch für die bevorstehende Ersatzwahl erneut als Reichstagskandidat aufgestellt werden.

Jayres über die Montagninipapiere.

Die Wirkung der Montagnini-Papiere sagt der Abg. Jayres in folgendem Artikel der „L'Humanité“ zusammen: Die Veröffentlichung der Montagnini-Papiere ist ein schwerer Schlag für die Kirche. Die Frage der Trennung war bereits nahezu beendet, und es wäre den Klerikalen schwer geworden, sie für die Generalrats- und die Gemeinderatswahlen wieder aufzuwerfen. Jetzt ergreift man selbst in den Dörfern, in denen der katholische Fanatismus, aufgeregt von den Politikern der Reaktion und den Priestern, am heftigsten entfesselt war, die Offensive. Will das etwa heißen, daß die Montagnini-Papiere wirklich etwas Neues enthalten? Man wußte bereits, daß die Kirche sich in unserem Lande mit allen reaktionären Kräften, mit allen Feinden der Republik und der Demokratie verbündet hatte. Man wußte bereits, daß sie nicht mehr von der Triebkraft des Glaubens die Unterwerfung des Volkes erwartete und dieses deshalb durch autoritäre Regierungen unterjochen wollte. Man wußte das bereits, aber nur in großen Zügen. Die Montagnini-Papiere zeigen die Kirche mitten in der politischen Arbeit, in einer gleichzeitig bestimmten und kläglichen Kleinarbeit, und das gerade macht einen tiefen Eindruck. Die Reaktionen versuchen kaum die Wucht des Stiebes abzuschwächen, so sehr scheinen sie durch diesen entmutigt. Die „Libre Parole“ beklagt sich über ihre Schamhaftigkeit, wie sie ehemals sich über das Jögern der Klerikalen, die Fälschungen Jeyres zu verherrlichen beklagt hat. Die Reaktion weiß noch nicht, ob sie den Montagnini-Papieren verzeihen oder preisen soll. Und wenn die „Libre Parole“ glaubt, daß die Montagnini-Papiere, statt die politiktreibende Kirche zu erdrücken, ihr Mittel zu einer kräftigen Offensive geben werde, so fragt man sich, warum sie nicht selbst das Beispiel zu dem fähigen Manöver gegeben hat. Die Klerikalen sind darauf angewiesen, an einigen Einzelheiten herumzudoktern. Es ist gewiß natürlich, daß die Kirche sich mit der politischen Bewegung Frankreichs befaßt, da die Politik alles beherrscht. Aber für das französische Gewissen ist der Gegensatz zwischen der mystischen Höhe, die Pius X. zu Schau trägt, und den Wahlmanövern seines Ministers und seines Delegierten recht unangenehm. Es lag für den Papst eine gewisse Größe darin, zu verkündigen, daß er über den Parteien stehe, daß er das Ziel der Kirche nicht von dieser oder jener menschlichen Kombination, sondern von der Prüfung selbst erwarte, die den lästigen Glauben sogar in jenen Gewissen wecken würde, die aus Schwäche oder Unwissenheit zum Feinde übergegangen waren. Ja, dann hätte man aber als Werkzeug dieser rein göttlichen Befreiung nicht jene „Action Libérale“ annehmen dürfen, die nicht ein Glaubensbekenntnis, sondern eine Partei, die Sammlung aller Männer und aller Kräfte ist, die die Republik und die Demokratie vor sich zu treten gewohnt sind. Das merkt das Volk in den Montagnini-Papieren sehr genau.

Es sei, heißt es zum Schluß, ein unauslöschbarer Eindruck von Komödie und Lüge, der alle Streitigkeiten überleben werde, und für die Kirche eine starke Verminderung ihrer moralischen Autorität.

Ein neuer russischer Flottenbauplan. Die russische Regierung, die selbst den Anstoß zur zweiten Haager Friedenskonferenz gegeben hatte, erweist die besondere Aufmerksamkeit eines neuen Flottenbauplanes über diesen Plan offiziell berichtet: Unter dem persönlichen Vorstoß des Marineministers Dirow wird ein Flottenbauplan für den Beginn des Baues einer Schiffsflotte im laufenden Jahre ausgearbeitet, der nicht auf den Bau einer kleinen Verteidigungsflotte und von Torpedobooten beschränkt wird. Die Schiffe sollen auf russischen Werften gebaut werden. Das Marineministerium hat einen verbesserten Typ eines Schlachtschiffes „Modell Dreadnought“ ausgearbeitet, das 22800 Tonnen Displacement erhalten und eine Geschwindigkeit von 21 Knoten zu erzielen imstande sein soll. Als schwere Artillerie sind zehn zwölfzöllige Geschütze vorgesehen. Die Baukosten des Schiffes, das mit Turbinenmaschinen ausgerüstet werden soll, sollen sich auf 21800000 Rubel belaufen.

Gefährliche Reisen macht man bekanntlich in Rußland, besonders wenn man ein Polizeigouverneur oder gar ein Großfürst ist. So wird dem Berl. Lok.-Anz. vom Donnerstag aus Petersburg gemeldet: Als der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und sein Bruder Peter gestern nacht mit einem Extrazug aus Jaroslaw Solo nach Petersburg zurückkehrten, bemerkte ein Wachposten 18 Werst von Petersburg entfernt auf dem Schienenstrang vier unbekannte Männer, die dem Zug entgegenkamen. Dem Juraß des Postens, stillzustehen, leisteten sie keine Folge. Der Posten gab Feuer, das aber bei



Der Dunkelheit der Nacht keinen Erfolg hatte. Die vier Männer entkamen. Dem kaiserlichen Zuge wurde signalisiert, er solle halten. Nach Untersuchung der Geleise fuhr der Zug langsam nach Petersburg weiter. Auch dieser zweite Anschlagversuch gegen den Großfürsten Nikolaus wurde durch die Wachsamkeit des Postens vereitelt. Es verlautet, daß der Großfürst seine Stellung als Oberkommandierender des Petersburger Militärbezirks niederzulegen beabsichtigt.

Neue Wetterwolken. Die Lage in Marokko bleibt kritisch, ja, sie verschlimmert sich zusehends. Ein neuer Herd der Unruhen ist in Casablanca entstanden, und man muß abwarten, daß hier Frankreich zum zweiten Male eingreifen wird. Die Stimmung unter den Marokkanern wird immer erregter und die Lage der Europäer immer gefährlicher. Wie die Agence Havas aus Tanger meldet, hielten die Konsuln in Casablanca unter dem Vorhabe des französischen Konsuls als des Doyens eine Sitzung ab und richteten an das diplomatische Korps in Tanger eine Beschwerde gegen den Gouverneur der Stadt, der nichts für die Sicherheit der dortigen Europäer tue. Aus Paris wurde darüber gemeldet:

Aus Casablanca wird betreffs des Schrittes des dortigen Konsularkorps beim Gouverneur berichtet, daß der Rat des Schahia Stammes gedroht habe, die Stadt zu plündern. Die Konsuln verlangten deshalb, daß die Truppen des Maghzen, die drei Stunden entfernt lagern, herangezogen werden, um die Stadt zu schützen. Der Befehlshaber der Truppen verweigerte dies jedoch, worauf der Gouverneur den außerhalb wohnenden Europäern den Rat erteilte, sofort in die Stadt zurückzukehren. Wie der „Matin“ berichtet, hat die Nachricht von der gefährlichen Lage in Casablanca in Tanger große Aufregung hervorgerufen.

Wie den „Times“ aus Tanger gemeldet wird, ist der französische Kreuzer „Lalande“ nach Casablanca abgegangen. Der französische Gesandte verlangte die Absetzung des Gouverneurs. In Tanger wurde der Hauptverdächtige, der Mörder des Franzosen Charbonnier, verhaftet. Der Mann hätte schon viel früher festgenommen werden können, aber erst nach der Befestigung Ushidas sandte der Sultan einen kräftigen Befehl zur Vornahme dieser Befestigung. Nach weiteren Depeschen hat die französische Gesandtschaft ein Antwortschreiben des Sultans auf ihre Forderungen erhalten. Der Brief ist unklar gehalten und augenscheinlich nur darauf berechnet, Zeit zu gewinnen. Er wird daher von der Gesandtschaft für völlig ungenügend angesehen.

Tages-Chronik

Höchst, 11. April. Hier wurde ein linksliberaler Verein auf der Grundlage des Frankfurter Mindestprogramms gegründet.

München, 12. April. Die vereinigten Liberalen und Demokraten haben einen Wahlauftrag zur Landtagswahl erteilt.

Pittsburg, 11. April. Die Feierlichkeiten zur Einweihung des Carnegie-Instituts, für die 3 Tage in Aussicht genommen sind, haben heute mit dem Empfang der Gäste begonnen. Im Namen der deutschen Vertreter, die dem Empfang beiwohnten, sandte der frühere preussische Handelsminister v. Mölle ein Telegramm an den deutschen Kaiser. Ein Zwischenfall ereignete sich bei den Empfangsfeierlichkeiten: ein Mann namens Friedrich Stägel versuchte mit einem offenen Messer, das er bis dahin in einem Ärmel verborgen hatte, an Carnegie heranzukommen. Stägel, von dem man annimmt, daß er Anarchist oder irrsinnig ist, wurde verhaftet.

Die 75jährige Witwe Vogel in Goyasheim (Franken), zündete mit Petroleum das Feuer an, augenblicklich stand die Bedauernswerte in hellen Flammen. Die Frau erlitt einen qualvollen Flammentod.

Der städtische Kassenbote Ludwig Bösch in Ludwigshafen a. Rh. wurde wegen Unterschlagung verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen beläuft sich die unterschlagene Summe auf etwa 4000 Mark, aus dem Inbasso des städtischen Gas- und Wasserwerks herrührend.

Aus Hamburg wird berichtet: Auf dem Dampfer „Amiralia“ ist Donnerstagabend ein Brand ausgebrochen. Nachdem das Vorderdeck unter Wasser gesetzt war, konnte das Feuer bis gegen Mitternacht bewältigt werden.

In einem Druckereigebäude auf dem Montmartre in Paris stürzte die Decke ein und begrub sechs Arbeiter unter sich. 3 sind tot, die andern schwer verletzt.

Donnerstag entgleiste in der Nähe von Chapleau in der Provinz Ontario ein Durchgangszug der Kanadapacific-Bahn. 5 Waggons stürzten den Bahndamm hinunter und gerieten in Brand. 15 Personen wurden getötet.

Arbeiterbewegung

Stuttgart, 11. April. Lohnbewegung. Die hiesigen Schneidergehilfen haben in ihrer heutigen Versammlung beschlossen, die vom Hauptvorstand für die Wiederaufnahme der Arbeit vereinbarten Bedingungen abzulehnen und die Arbeit unter diesen Voraussetzungen nicht aufzunehmen. In der Versammlung trafen Nachrichten von Hamburg, Mannheim und Berlin ein, wo die Gehilfenschaft im gleichen Sinne sich entschieden hat.

Hörsingen, 11. April. Lohnbewegung. Die hiesigen Holzarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es sollen gemeinsame Beratungen zwischen der Lohnkommission und den Arbeitgebern stattfinden, von denen Zugeständnisse in Aussicht zu nehmen sind, sobald es vorläufig zu einer Einigung kommen wird.

Blin, 11. April. Der Anstreicherstreik zieht nunmehr immer weitere Kreise. In Essen wurde heute von beiden Organisationen der Generallstreik beschlossen. In Dortmund, Eberfeld, Barmen, und Bochum wird in allen Geschäften, die ausgesperrt sind, nunmehr die allgemeine Arbeitseinstellung vorgenommen. Der Streik in Aachen, Duisburg, Düsseldorf und Krefeld dauert unverändert fort.

Hamburg, 12. April. Eine Versammlung von 2000 Schneidergehilfen und Schneiderinnen hat beschlossen im Ausstand zu verharren.

Hamburg, 11. April. Der Hafenbetriebsverein hat in seiner heutigen Sitzung die gestern von den Arbeitern gemachten Gegenvorschläge rundweg abgelehnt. In dem Antwortschreiben an den Hafenarbeiterverband wird erklärt, daß auf Grund der angenommenen Resolution weitere Verhandlungen nicht möglich seien und daß daher auch eine mündliche Unterredung zwecklos sei.

Bremen, 11. April. Die Schmiehe der Aktiengesellschaft „Weser“ haben heute vormittag beschlossen, den Streik zu beendigen. Der Betrieb wird voraussichtlich am nächsten Montag wieder aufgenommen.

Paris, 11. April. Der Generalausstand der Bäckergehilfen wurde gestern beschlossen. Der Streik macht sich in der Physiognomie der Stadt nur wenig bemerkbar. An den Arbeitsnachweisstellen haben sich viele arbeitslose Bäcker gemeldet und sind engagiert worden. Die Bäckerküchen sind offen. Nach den aus der Provinz eingelaufenen Meldungen ist der Ausstand als gescheitert zu betrachten. Auch von ersteren Ruhestörungen wird nichts berichtet. In Marseille werden die Ausständigen teilweise durch Militär ersetzt.

Petersburg, 11. April. Laut Mitteilung der Direktion der Briantser Werke haben ihre südrussischen Werke in Jekaterinoslaw annähernd 5000 Arbeiter entlassen, nachdem größere Unruhen auf den Werken entstanden waren, wobei unter anderem auch der Gehilfe des Fabrikdirektors und ein Gendarmerieoffizier ermordet worden sind. Die Werke stehen bis auf weiteres still, in ganzen werden durch diese Maßnahme etwa 20000 Menschen in Mitleidenschaft gezogen.

Aus Württemberg.

Dienstmeldungen. Ernannt: Auf die kath. im Patronat der Krone bestehende Präseminarschule in St. Michael in Nöblingen der Hülflehrer Dr. Wessinghauer an dem Gymnasium in Göttingen.

Vertrag. Die erblöste Stelle eines Kreislandesgeometers bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldberechnung dem Geometer-Kulturinspektor Hof bei der Kulturrevision für den Kreisbezirk mit dem Titel und Rang eines Obergeometers.

Verst. Die Gelsenbühnen in West in Freudenstadt Städtisch und Selter in Jagstfeld ihrem Ansehen gemäß gegenseitig.

Die Finanzkommission der Zweiten Kammer setzte am Donnerstag die Beratung des Kultetats fort. Nach Zurückstellung der Kapitel der landwirtschaftlichen Lehranstalten wurden die Etats der technischen Lehranstalten (Technische Hochschule, Baugewerkschule) beraten, in dem Etat der letzteren wurde eine Ingenieurstelle für Mikrographie genehmigt, und ferner die Ergänzungen für außerordentliche Anschaffungen für das geodätische, elektrotechnische und elektrochemische Institut. Es wurde ferner die Beratung des Etats der lateinischen Lehranstalten und Realschulen begonnen, wobei verschiedene allgemeine Fragen (Bestand der sog. Landlateinschulen; Reformschulen, Verstaatlichung der Mittelschulen) erörtert wurden. Dierauf gelangte ein Antrag über die Beteiligung des Staats, und der einzelnen Gemeinden an den Kosten der gymnasialen, realgymnasialen und realistischen Lehranstalten genauer Aufstellung vorzuliegen, zur einstimmigen Annahme.

Stuttgart, 11. April. Der hiesige Gemeinderat genehmigte heute ein Verbot des sozialen Vereins Stuttgart um Ueberlassung des Volkshauswesens zur Abhaltung einer Volksversammlung anlässlich des am 18. August ds. Js. hier beginnenden internationalen, sozialistischen Arbeiterkongresses.

Ludwigsburg, 11. April. In Sachen einer Bahnlinie Marzgrünungen—Aperg ist gegenwärtig ein besonderes Komitee tätig. Es handelt sich darum ob nicht an Stelle einer Dampfbahn, die einen eigenen Bahnkörper nötig machen würde eine Bahn mit elektrischem Betrieb erstellt werden könnte; die Grunderwerbungsarbeiten könnten alsdann zum größten Teil erspart werden. In Aperg müßten bei Errichtung der Bahn zur Einführung der Linie in die Stadt 4 Gebäude niedergelegt werden. Die bürgerlichen Kollegien Apergs sind wie man hört, geneigt, diese Gebäude zum Zweck des Abbruchs anzukaufen.

Kirchheim, 11. April. Vom 12.—14. Mai findet in hiesiger Stadt der württembergische Bezirksvereinstag des deutschen Fleischerverbandes statt. Aus dem vorläufig aufgestellten Programm ist zu entnehmen, daß am Sonntag den 12. Mai vormittags eine Vorstandssitzung stattfindet und nachmittags die Verhandlungen der Häute- und Fellvereinigungen beginnen. Am Montag früh ist Empfang weiterer Festgäste, Festzug und von halb 12 Uhr ab Verbandstag, auf welchem eine umfangreiche Tagesordnung zur Beratung gelangt. Für Dienstag früh ist eine Besichtigung des neuerbauten Schlachthaus und nachmittags der Besuch des Lenninger Tals vorgesehen.

Aus dem Oberamt Weinsberg, 11. April. Wie die „N.A.Z.“ hört hat Fhr. von Weiler einen Teil seines Waldbesitzes um die Summe von 300 000 Mk. an den württ. Staat verkauft.

In Reudena ist die Ziegelei von Kraß total niedergedegrennt. Das angebaute Haus des Käfers Frank konnte gerettet werden. Die Entstehungsurache ist unbekannt, der Schaden groß.

In Lindlein, Gemeinde Schmalfelden ist kürzlich ein Brand ausgebrochen, wobei ein Wohnhaus eingäschert wurde. Wie sich nunmehr herausstellt hat eine 20 Jahre alte Magd, um aus dem Hause fortzukommen die Scheuer angezündet. Das Mädchen wurde in Haft genommen und hat nun ihre Tat bereits eingestanden.

Auf dem Bahnhof Zimmendingen erfolgte die Festnahme zweier Personen, Mann und Frau, die in Koffer und Gepäc ein großes Quantum Saharin einzuschmuggeln versuchten. Es fanden sich gegen 2 Zentner dieses mit Vorliebe von Schmugglern ausgewählten Süßstoffes vor. Die Verhafteten gaben bei Feststellung ihrer Personalien an, aus Böhmen zu sein. Vor einigen Monaten wurden am Bodensee ebenfalls böhmische Saharinschmuggler verhaftet.

Gerihtssaal.

Newyork, 11. April. Nach 24stündiger Beratung sind die Geschworenen im Shaw-Prozesse noch uneinig. 10 sind für den Wahrspruch auf Totschlag und zwei für Freisprechung.

Kunst und Wissenschaft.

Weimar, 11. April. Der Großherzog hat dem Professor Max Klinger in Leipzig aus Anlaß seines 60. Geburtstages die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Fermissches.

Ein Gastwirt gegen den Zechzwang der Weineisenden.

Karl Degelow aus Münsterdorf, der schon öfter auf dem Gebiete der Gasthausreform vernünftige Vorschläge gemacht hat, wendet sich in der Schlesw.-Holst. Gastwirts-Zeitung Nr. 6 gegen die übliche Praxis, Alkoholreisende durch mehre der minder große Zechen ihre Bestellung suchen zu lassen: Wirte, die darauf etwas geben, schmeißen sich in ihr eigenes Fleisch; denn in Destillateurkreisen schlage man als Verzehrspesen für einen Reisenden mindestens 10 Proz. auf die Waren. Man könne ein besseres Geschäft machen, wenn man seinen Betrieb kaufmännisch einrichte und betreibe, als wenn man seine Lieferanten zwingt, große Zechen zu machen. Die Lieferanten würden eine Befreiung erleichtern, wenn sie der Besuchsanzeige ihres Reisenden den Vermerk ausdrückten: „Bei Kunden, die den Zechenzwang für unsere Reisenden ausheben und nicht auf große Zechen deselben sehen, gewähren wir bei sofortiger Barzahlung nach richtigem Empfang der Ware einen Rabatt von 10 Prozent.“

Eine Mörderbande.

Seit Wochen wird in Bordeaux eine Untersuchung über die Ermordung eines Versicherungsagenten M o n g e t geführt, der seit dem 6. Februar spurlos verschwunden ist, ohne daß man bisher seine Leiche zu entdecken vermochte. Von Justiz zu Justiz gelangten die Behörden schließlich zu der Ueberzeugung, daß Monget nur in einem sehr verrufenen Cafe des Ortes Langon ermordet worden sein konnte, und die Nachforschungen in dieser Richtung führten bald zu einem Ergebnis. Eine in dieser Schenke als Anlockung dienende Dine wurde nämlich zu dem Geständnis gebracht, daß ihr Liebhaber, ein gewisser Gazol, ihr auf ihr Drängen anvertraut habe, Monget sei von dem Wirte der Schenke, einem gewissen Branchery, dessen Kausknecht Parrot und Gazol, sowie dessen Bruder ermordet worden; seine Leiche sei in die Garonne geworfen worden. Bis jetzt konnte der Körper nicht wiedergefunden werden, da er sicherlich von der starken Strömung des Flusses weit fortgetrieben ist. Im weiteren Verlaufe der Untersuchung ist nun ermittelt worden, daß Branchery und Genossen schon eine ganze Reihe anderer Mordtaten auf dem Gewissen haben. Vor allem scheint es jetzt sicher erwiesen, daß ein am 28. September 1902 begangener Doppelmord an dem Ehepaar Poujardieu von Branchery, den Brüdern Gazol und einem inzwischen flüchtig gewordenen Individuum, auf das sofort ein Verdacht gefallen war, zur Last fällt. Außerdem ist ein Mordversuch gegen eine Greisin, Frau Laggar, d e r e, auf Rechnung dieser Verbrechenbande zu setzen, deren sonstige Missetaten ganze Bände ausfüllen. Natürlich suchen die Festgenommenen die Schuld von einem auf den anderen abzuwälzen, wobei aber trotz ihrer schlauen Selbstverteidigung schon zahlreiche, jeden von ihnen belastende Geständnisse erzielt worden sind.

Selteres.

— Im Eifer. „Man erzählt sich, Herr Doktor, Ihren Hausherrn hätten Sie an der Leber behandelt, und an einem Magenleiden sei er gestorben!“ — „Injame Verleumdung! Wenn Ich einen Patienten an der Leber behandle, dann stirbt er auch daran! Werken Sie sich das!“ — Seltjam. Gatte: „Steh doch nicht immer auf! Schließlich nimmst du jemand deinen Platz weg, und dann sitzt du da.“

A g'fährliche Frög.

Und heu't be' i beir Fruafong
Gar bei de Kloine g'we'a.
Au d' Pfarrer ond 's halb Rôthaus
Hant zuag'hairt ond zuag'seah.
D'r Lehrer hôt grad' trieba
A(n)schaunongsonterricht
Ond au dia Kloine Mândla
En Hausa Frôga g'richt'.

Om d' Schnaflub' hôt sich's g'handlet,
Ond was ma' dren älls seh',
Om d' Bânk', da Pult ond d' Dajel.
Om d' Peas' ond d' Zählmasche'.
Au d' Bilder an de Bând' rom
Hant ehm dia Burscht a'ge'a;
Sogar da Thermometer
Hôt so a' Scheitel g'le'ah.

„Ei(n)s fehlt noch“, sait d'r Lehrer;
„Seht euch nur om genau!“
I hau's glei g'merkt, er hât' noch
Da' Dja môga hau'.
„No! Guclt euch in dem Ed felt
Den schwarzen Kerl doch an!“
Dô schreit em Schmied sei' Frisple:
Das ischt d'r Herr Dekan!“

Aus: Gustav Schweigelbauer
„Von meiner Alb“.

Handel und Volkswirtschaft.

Selter, 11. April. Wegen Seuchengefahr wurde die Einfuhr lebendiger Niederkühe und Schweine aus Belgien und den Niederlanden verboten.

